Antworten der SPD auf die Fragen des Bundesverbandes Deutscher Milchviehhalter e. V. zur Landtagswahl

1. Befindet Ihre Partei die Liquiditätshilfen für Milchviehhalter als Reaktion auf die aktuelle Krise für ausreichend?

Liquiditätshilfen werden in tatsächlich nachgewiesenen Liquiditätsengpässen gewährt, um die akute Existenzgefährdung eines Betriebes abzuwenden. Sollten die im Landeshaushalt vorhandenen Liquiditätshilfemittel nicht ausreichen, hielten wir als SPD eine Aufstockung für sinnvoll.

2. Was soll aus Sicht Ihrer Partei zur Behebung der aktuellen Milchmarktkrise und zur Verhinderung eines weiteren Strukturbruchs in der Milchviehhaltung unternommen werden?

Die vorhandenen Kriseninstrumente der EU für den Milchmarkt reichen aus Sicht der SPD nicht aus. Deshalb müssen sie weiterentwickelt und ausgebaut werden. Ein stures „Weiter so“ mit Vergrößerung der vorhandenen Betriebe in einem völlig liberalen Markt kann nach unserer Meinung keine Lösung sein. Es ist daher ein funktionierendes Frühwarnsystem aufzubauen, um die vorhandenen Kriseninstrumente überhaupt sinnvoll nutzen zu können. Die bestehenden Interventionspreise haben sich überholt und sind deshalb moderat (nach oben) anzupassen. Auch die private Lagerhaltung muss gestärkt werden, da sie zumindest für kürzere Krisenphasen gut geeignet ist, die Probleme abzufedern. Neue Versicherungssysteme zur Liquiditätssicherung und deren Förderung durch den Staat werden wir als SPD prüfen.

3. Wie steht Ihre Partei zu mengenangepassten Eingriffen in den Milchmarkt im Fall einer schweren Marktkrise?

Auch freiwillige Mengenbeschränkungen der Erzeuger wie auch der Molkereien können geeignet sein, Krisen entgegenzuwirken, wenn sie EU-weit organisiert werden. Im Zusammenspiel mit einem gut funktionierenden Frühwarnapparat kann dies das Kerninstrument sein, um künftige überangebotsbedingte Preissenkungen zu vermeiden.

4. Hat oder wird Ihre Partei in dieser Frage auf Bundeslandwirtschaftsministerium Einfluss nehmen?

In diesem Sinne werden wir in enger Abstimmung mit unserer SPD-Bundestagsfraktion auch auf das Bundeslandwirtschaftsministerium einwirken.

5. Sollte aus Sicht Ihrer Partei die Marktstellung der Milcherzeuger im Vergleich zu Molkereien und Lebensmitteleinzelhandel verbessert werden?

Die Stärkung der Stellung der Milchviehhalter gegenüber Molkereien und Handel ist eine der wesentlichen Eckpfeiler einer mittel- und langfristigen Verbesserung der Lage der Milcherzeuger. Solange einzelne Landwirte mit Molkereien den Preis verhandeln und zahlreiche kleine Molkereien den Giganten im Lebensmittelhandel gegenüberstehen, kann eine faire Preisbildung unter Marktbedingungen nicht gelingen.

6. In der Öffentlichkeit wird über ein Verbot der ganzjährigen Anbindehaltung für Rinder diskutiert. Welche Position vertritt Ihre Partei bzw. welche Übergangsfristen würden sie für eine solche Regelung vorsehen?

Die ganzjährige Anbindehaltung für Rinder ist angesichts vorhandener alternativer und tierfreundlicherer Haltungsmethoden auf Dauer nicht mehr hinnehmbar. Wir als SPD würden ein gänzlich Verbot jedoch mit ausreichenden Übergangsfristen vorsehen und mit den Betroffenen über neue Regelungen sprechen, um ihre Interessen einzubeziehen.

7. Welche Position nimmt ihre Partei zur Novellierung der Düngeverordnung ein?

Um zur notwendigen Reduzierung landwirtschaftlicher Nährstoffüberschüsse und letztendlich zur Abwendung des Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU zu kommen, ist die Novellierung der Düngeverordnung und des Düngegesetzes zwingend. Die SPD konnte sich mit ihrer klaren Forderung zur Einführung der Hoftorbilanz zur Kontrolle der Umweltverträglichkeit des Stickstoff- und Phosphatmanagements gegenüber dem BMEL durchsetzen. Auch der künftig erleichterte Datenaustausch zwischen den Behörden ist nötig. Zudem ist es sinnvoll, dass die düngerechtlichen Vorschriften, auch unabhängig von Cross-Compliance, stärker kontrolliert und mit eigenen Sanktionsvorschriften vorsehen werden.

8. Die EU-Kommission rechnet erst ab 20201 mit Milchpreisen zwischen 32 und 35 Cent/Kilo. Hält Ihre Partei ein solches Milchpreisniveau für die baden-württembergische Milcherzeuger für ausreichend?

Ein Milchpreis zwischen 32 und 35 Cent pro Liter ist nicht auskömmlich, soweit die Betriebe nicht sehr groß sind oder in benachteiligten Gebieten wie in Höhenlagen wirtschaften. Deshalb ist nach Meinung der SPD eine gute Flankierung durch Fördermittel aus der zweiten Säule für Grünlandwirtschaft und umweltrelevante Leistungen zwingend erforderlich und nötigenfalls ungeachtet der schon von uns vorgenommenen Erhöhungen auszubauen.

9. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Herkunft von Lebensmitteln für den Verbraucher nachvollziehbar zu bezeichnen (Fleisch und Milch)?

Die Kennzeichnungspflicht von Frischfleisch ist bereits sehr gut, sollte aber um den Zusatz ergänzt werden, ob es sich um Fleisch aus geklonten Tieren handelt. Bei Milch- und insbesondere bei Fleischprodukten (wie Wurst u. ä.) ist eine weitergehende Kennzeichnungspflicht unumgänglich, wenn man künftig zum Wohl der Landwirtschaft und der Tierhaltung Skandale wie den „Pferdefleischskandal“ u. ä. vermeiden will. Nur Vertrauen in das Produkt wird auch den Verbraucher dazu bringen, wieder ohne Skepsis Fleisch zu konsumieren.

10. Welche Position vertritt Ihre Partei bei der Differenzierung der EU-Agrargelder in die erste und zweite Säule?

Wir halten eine schrittweise Umschichtung von Fördergeldern von der ersten in die zweite Säule für wichtig. Nur so kann man aus Mitteln der zweiten Säule gezielt und in ausreichendem Umfang Leistungen der Landwirtschaft honorieren, die ihr gesellschaftlich abverlangt werden (Biologische Vielfalt, Landschaftspflege, Klimaschutz etc.).

11. Wie beurteilt Ihre Partei das Gutachten des WBA beim BMEL zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung? Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf im Sinne des Gutachtens, wenn ja, welche Vorstellungen zur Finanzierung haben Sie?

Das Gutachten des WBA kommt sehr richtig zu dem Schluss, dass die derzeitige Tierhaltung unter Umwelt- und Tierwohlgesichtspunkten große Defizite aufweist. Daher müssen die Haltungsbedingungen in verschiedenen Bereichen noch deutlich verbessert werden. Dies muss jedoch mit Rücksicht auf die Betriebe schrittweise, planbar und mit flankierender Förderung geschehen. Will man die Tierhaltung in Deutschland und in der EU langfristig sichern und den Verbraucher als Konsumenten von Fleisch, Eiern und Milch an der Seite der Erzeuger halten, gibt es dazu keine überzeugende Alternative. Aufgabe von Bund und Ländern ist aber auch, diesen Prozess durch hinreichende Hilfen und Förderungen so zu gestalten, dass eine auskömmliche Erzeugung auch weiterhin möglich ist bzw. in Bezug auf einige Bereiche, wie zurzeit die Milch- und Schweineerzeugung. Mit dem neuen Programm FAKT und der Umgestaltung der Investitionsbeihilfen sind wir in den vergangenen Jahren in diesen Prozess bereits eingestiegen.